

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 464

Mittwoch, 7. Juli 2010

16. Jahrgang

Ministerwechsel als Ausdruck einer Regierungskrise

Wie Inforpress Centroamericana in seiner Ausgabe 1852 vom 25. Mai erklärt, beginnt die Regierung von Alvaro Colom das zweite Semester dieses Jahres mit wichtigen Ausfällen in seinen Ministerien. Drei Staatsminister traten zurück, und ein Sekretär des Präsidenten wurde entlassen. Diese stetigen Wechsel werden von KritikerInnen als Zeichen dafür gesehen, dass die Regierung unter Druck steht und die Machtverhältnisse von verschiedenen Interessen gekennzeichnet sind und beeinflusst werden. Auch innerhalb der Regierungspartei Einheit der Nationalen Hoffnung (UNE) existieren Unstimmigkeiten, denn der Abgeordnete Roberto Alejos trat als Mitglied des Exekutivkomitees zurück.

Die jüngsten Rücktritte geschahen vor allem in jenen Ministerien, die mit dem Wirtschaftssektor in Verbindung stehen. Am 14. Juni gab Wirtschaftsminister (MINECO) Rubén Morales Monroy seinen Abschied bekannt. Eine Woche später schloss sich Finanzminister Juan Alberto Fuentes Knight diesem an, und Energie- und Bergbauminister (MEM) Carlos Meany folgte als Dritter im Bunde. Die angegebenen Gründe für diese Rücktritte sind verschiedener Natur und gehen von Gesundheit bis Frustration.

Nachfolger im Finanzministerium ist der Ökonom Edgar Balsells, der vorher Direktor der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftliche Integration war. Erick Coyoy, ehemaliger Vizefinanzminister ist neuer Leiter des MINECO. Am 29. Juni wurde schliesslich der neue Energie- und Bergbauminister Romero Rodríguez vereidigt.

Laut Präsident Colom sind diese Wechsel aber positiv zu beurteilen. Sie würden helfen, die Regierung und deren Arbeitsplan zu stärken, die Wiederaufbaupläne für die durch den Sturm Ágatha verursachten Schäden durchzusetzen und das Thema Sicherheit gezielter in Angriff zu nehmen. Auch hätten die Wechsel nichts mit der bisherigen Finanzpolitik der Regierung zu tun: „Wir haben die Finanzen im Griff. Die Krise vom letzten Jahr ist überstanden, und jetzt befinden wir uns auf dem Weg der Besserung“. Trotzdem bleiben Zweifel über die Ursprünge der Ministerwechsel bestehen.

Im Fall von Morales, der aus „persönlichen Gründen“ zurücktrat, ist bekannt, dass dieser in den letzten Monaten starkem Druck ausgesetzt gewesen war, um Informationen über das Programm *Mi Comunidad Produce* herauszugeben, welches Mikrokredite an Kleinunternehmen im ganzen Land vergibt. Morales stellte sich gegen die Übergabe der Namen derjenigen, die davon profitieren. Die Abgeordnete Nineth Montenegro drohte daraufhin mit administratorischen Massnahmen, die schon den Bildungsminister Bienvenido Argueta zum Rücktritt zwangen. Dieser hatte sich ebenfalls widersetzt, Informationen zu den Begünstigten des Programms *Mi Familia Progresá* herauszugeben.

Der Austritt Fuentes Knights wird mit Frustration begründet, welche durch die Unmöglichkeit, eine Steuerreform durchzuführen, hervorgerufen wurde. Der Rücktritt fand einen Tag nach der Präsentation einer Budgeterweiterung für 2010 statt, dank der die vom Sturm Ágatha verursachten Schäden behoben werden sollen. Gleichzeitig ist das Projekt Anti-Evasion II (es formuliert ein neues Steuerpaket) im Kongress, der dieses nun absegnen muss. Da Fuentes Knight beide Projekte entschlossen verfolgte, verwundert sein Rücktritt. Es heisst, dass auch er unter Druck stand, in der Budgeterweiterung 2010 und im Budget 2011 grössere Posten für die Sozialprogramme der Regierung wie eben *Mi Comunidad Produce* oder *Mi Familia Produce* bereitzustellen. Auch das Vizeministerium für Finanzielle Administration, welches Erick Codoy hinterlässt, muss neu besetzt werden. Laut Meinung des Vereins Sozialer Investigation und Studien (ASIES) „kommen diese Wechsel innerhalb des Finanzministeriums viel zu schnell und sind nicht unbedingt auf Arbeitserfahrung basiert.“

Der Abgang von Carlos Meany aus dem MEME geschah laut offizieller Version aus gesundheitlichen Gründen und formalisierte sich am selben Tag, als die Regierung den Empfehlungen der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte (CIDH) entsprach, um anschliessend die Aktivitäten der Mine Marlin in San Marcos einstellen zu lassen.

Trotz der Bemühungen des Präsidenten, diese Austritte als einen normalen Prozess darzustellen, scheint das politische Klima eher schwierig und von institutioneller Instabilität geprägt zu sein – vor allem wenn man die kürzliche Krise in der Staatsanwaltschaft betrachtet (die Wahl von Conrado Reyes als Generalstaatsanwalt, welche am 11. Juni vom Verfassungsgericht annulliert wurde, teilweise als Folge des Rücktrittes von Carlos Castresana aus der CICIG und der Proteste von Seiten der Zivilgesellschaft, aber auch aufgrund von Reyes Verbindung zu Personen wie dem Ex-Sicherheitschef des Präsidenten Carlos Quintanilla, der damals die Räume des Präsidenten abhören liess).

In diesem Rahmen musste auch Saúl Alburez, der erst am 17. Mai zum Sekretär der Exekutiven Koordination der Präsidentschaft ernannt wurde, nur einen Monat später von seinem Posten entlassen werden, da aus dem Jahr 2006 ein noch offener Strafgerichtsprozess gegen ihn besteht. Dies war nun schon der vierte Verantwortliche für diesen Posten in der jetzigen Regierungsperiode (nach Salvador Gándara, Jairo Flores und Luis Velásquez).

Die beiden Fälle, Alburez und Reyes, lassen zwei fundamentale Aspekte erkennen, welche die Entscheidungen des Präsidenten beeinflussen: einerseits die Unfähigkeit der BeraterInnen des Präsidenten, ihm wichtige Informationen für seine Entscheidungen zukommen zulassen; zum anderen die politisierte Nutzung der öffentlichen Institutionen. Das Ergebnis ist der Verlust der Glaubwürdigkeit der Regierung, die sich im Endspurt ihrer Amtszeit befindet und nur wenige positive Errungenschaften mit ihren sozialen Programmen aufweisen kann – welche aber durch das Fehlen von Sicherheit und funktionierender Justiz überdeckt werden.

Die Rücktritte in den Ministerien krönte dann noch derjenige des Abgeordneten und Kongresspräsidenten José Roberto Alejos Cámbara. Gemäss seinen eigenen Angaben gab es Meinungsverschiedenheiten mit der Parteispitze und deren Einflussnahme auf die UNE-Fraktion im Kongress. Auch wenn er vage blieb bei seinen Andeutungen, war klar, dass er sich auf die bereits stattfindenden Verhandlungen über die Kandidaturen für die nächsten Kongresswahlen bezog. Alejos Cámbara gehört zum nächsten Kreis des Präsidentenpaars Colom-Torres. Zusammen mit seinem Bruder Gustavo (Privatsekretär des Präsidenten) gehörte er zu den Hauptfinanciers der letzten Wahlkampagne der UNE. Ebenfalls wurde er in den letzten Monaten als möglicher Vizepräsidentenkandidat für die Wahlen 2011 gehandelt, zusammen mit Sandra Torres als Präsidentin.

UNO ernennt neuen Leiter der CICIG

Guatemala, 1. Juli 2010. Francisco Dall’Anese Ruiz, bisheriger Generalstaatsanwalt von Costa Rica, wurde als Nachfolger für Carlos Castresana als neuer Chef der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) ernannt.

Nach nun zweieinhalb Jahren Arbeit in der CICIG verlässt Castresana diesen Posten (siehe ¡Fijáte! 463). Der neue CICIG-Leiter hat schon in Costa Rica erfolgreiche Investigationen gegen Drogenhandel und Korruption geführt. Diese endeten in Strafprozessen gegen die Expräsidenten Miguel Ángel Rodríguez und Rafael Ángel Calderón.

Rodríguez (Präsident von 1998-2002) hatte Beträge in Millionenhöhe von der Telekommunikationsfirma *Alcatel* und von einer anderen Firma, welche in enger Verbindung mit der taiwanschen Regierung stand, bekommen. Calderón (Präsident von 1990-1994) seinerseits wurde 2009 zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er hatte vom Kauf von medizinischen Geräten bei einer finnischen Firma durch die staatliche Krankenkasse finanziell profitiert.

Die Wahl seines Nachfolgers Dall’Anese trifft auf die Zustimmung der Zivilgesellschaft und schafft gewisse Erwartungen. Auch das Unternehmertum hat sich positiv über ihn geäussert, mindestens der Presse gegenüber.

Dall’Anese wird als ehrlich und unbestechlich beschrieben, als erfahren und erfolgreich. Laut Javier Monterroso vom *Institut für vergleichende Studien in der Strafrechtswissenschaft* (ICCPG) ist es interessant, die Erfahrung Costa Ricas in Guatemala mit einzubeziehen, da Costa Rica über eines der besten Einrichtungen polizeilicher Nachforschung verfügt.

Die grosse Herausforderung für Dall’Anese wird sein, dass die verbleibende Arbeitszeit der Kommission genau in die Zeit der Wahlkampagne fällt, was erfahrungsgemäss eine politisch unruhige Zeit ist. Eine wichtige Rolle für seine Arbeit wird sicher der neue Generalstaatsanwalt bzw. die neue Generalstaatsanwältin spielen, dessen/deren Wahl nach der erzwungenen Absetzung von Conrado Reyes noch aussteht.

Die Brüder Valdés Paiz stellen sich der Justiz

Guatemala, 1. Juli. Am frühen Morgen des 28. Juni stellten sich die im Fall des Mordes an Anwalt Rodrigo Rosenberg gesuchten Brüder Francisco José Ramón und José Estuardo Valdés Paiz der Justiz. Die beiden waren seit dem 11. Dezember 2009 flüchtig. Sie erschienen zusammen mit ihrem Anwalt in den Räumlichkeiten der

Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala CICIG. Sie wurden umgehend verhaftet und in Begleitung von CICIG-Chef Carlos Castresana der für den Fall Rosenberg zuständigen RichterIn vorgeführt mit den Worten „Ich übergebe ihnen die Brüder Valdés Paiz, jetzt soll die Justiz ihre Arbeit machen“. Anschliessend wurden sie ins Militärhauptquartier gebracht, wo sie jedoch unter Aufsicht der Gefängnisbehörden stehen.

Gemäss Castresana geschah dies alles ohne vorherige Absprache mit den beiden Brüdern oder deren Anwälte. Nicht so sicher sind sich diesbezüglich Fachleute in Justizangelegenheiten aus der Zivilgesellschaft. Marco Canteo, Direktor des *Institut für vergleichende Studien in den Strafrechtswissenschaft* (ICCPG), weist auf den „Zufall“ hin, dass am Freitag bevor die beiden Brüder sich stellten, das Gesetz über die Nutzung von Militäreinrichtung als zivile Gefängnisse verabschiedet worden sei (siehe nächster Artikel). Dies mit der Idee, „hochkarätige“ Gefangene an sicherere Orte bringen zu können, als dies die guatemaltekischen Gefängnisse sind, die mehr oder weniger vom organisierten Verbrechen beherrscht sind. Jüngster Beweis dafür ist die Ermordung (Vierteilung) von Wendy Colin Chávez, der Personalchefin des Gefängniswesens und ihres Partners, Giovanni Guevara, ehemaliger Gefängnisaufseher.

Am selben Tag, an dem sich die Brüder Valdés Paiz der Justiz stellten, begannen auch die ersten ZeugInnenvernehmungen im Fall Rosenberg. Die Aussagen bestätigen bisher, was die CICIG bereits herausgefunden und belegt hat. Sie stimmen auch in der Einschätzung von Rosenbergs psychisch schlechtem Zustand in den letzten Wochen vor seinem Tod überein, ausgelöst durch den Verlust seiner Mutter und seiner Geliebten Marjorie Musa. Rosenberg habe von Drohungen gesprochen, die er erhalten hatte und davon, dass er daran sei, den Mord an Khalil und Marjorie Musa zu untersuchen.

Gefährlich oder notwendig?

Bedrohte StraftäterInnen sollen zum Schutz auf Militärgelände gebracht werden

Guatemala, 25. Juni. In einem Abkommen zwischen dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium wurde vereinbart, dass Angeklagte, die auf Kautions- oder unter Auflagen freigelassen sind, deren Leben jedoch bedroht ist, in abgetrennten Bereiche einer Militärkaserne in der Hauptstadt untergebracht werden können.

Die geschützten Personen würden von zivilen MitarbeiterInnen der Strafjustiz betreut und nicht von Militärpersonen. AnwaltInnen, Familienangehörige, VertreterInnen der diversen Justizorgane, des Instituts der öffentlichen und strafrechtlichen Verteidigung (IDPP) und des Menschenrechtsprokurators hätten jederzeit freien Zugang zu den Gefangenen. Die Organe der Strafjustiz seien auch für die sanitären Einrichtungen und das Essen zuständig.

Nery Morales, Sprecher des Innenministeriums, erklärte in der Zeitung *El Periodico*, dass das Abkommen auf eine Idee der CICIG zurückzuführen sei. Diese erhoffe sich, so die physische Sicherheit von Personen gewährleisten zu können, die in wichtige Fälle und Prozesse involviert seien, die auf den Ermittlungen CICIG beruhen. Man gehe davon aus, dass diese militärische Einrichtung sicherer sei als „normale“ Untersuchungsgefängnisse. Die Unterbringung in diesem „Spezialgefängnis“ könne nur auf Antrag der CICIG und von einem kompetenten Richter angeordnet werden.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Byron Gutiérrez Valdez, sagte, dass sein Ministerium nur die genannten Regeln einhalten werde. Es sei das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass es eine Zusammenarbeit in dieser Form zwischen dem Militär und zivilen Institutionen gebe.

Was sagt uns nun diese Vereinbarung? Ist es – pragmatisch gedacht – schlicht ein gesicherter Ort, an dem die Bedrohten nichts zu befürchten haben? Laut *Prensa Libre* wird die Mehrheit der landesweit 22 Gefängnis-Komplexe von gewaltbereiten Jugendbanden und Mitgliedern des organisierten Verbrechens beherrscht, die andere Verurteilte bedrohen oder gar umbringen. Im Februar 2007 waren vier Agenten der Zivilen Nationalpolizei (PNC), die als Mörder der drei salvadorianischen Mitglieder des PARLACEN und ihrer Fahrer im Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses von Cuilapa (im Osten des Landes) einsassen, ermordet worden. Verdächtigt wurden zuerst andere Gefangene, die der "Mara Salvatrucha" angehörten, doch wurden alle 13 Beschuldigten (mindestens von dieser Straftat) freigesprochen. Die andere These, dass die Mörder von aussen in den Hochsicherheitstrakt eindringen konnten und dazu Mittäter unter den Wärtern hatten, ist nicht weniger beunruhigend.

Aber bedeutet das Abkommen nicht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, also die Bedrohten in Räumlichkeiten derjenigen zu bringen, die – mindestens zum Teil – die Bedroher decken? Und ist die Befürchtung, damit ginge eine weitere Militarisierung (vgl. allgemeiner: ¡Fijate! 449) einher, dadurch entkräftet, dass eben zivile Justizorgane in der Verantwortung stehen und das Militär nur Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, aber sonst nichts weiter zu sagen hat?

MenschenrechtsaktivistInnen erkennen die Gefahr einer weiteren Militarisierung: Das Menschenrechtsbüro des Erzbistums (ODHAG), das Team für kommunale Studien und psycho-soziale Aktion Guatemalas (ECAP) und andere haben sich gegen die Vereinbarung geäussert, weil sie verfassungswidrig sei, da Artikel 10 der

guatemaltekischen Verfassung verbiete, dass Mittel des Strafrechts in fachfremden Institutionen wie Militärbasen umgesetzt werden.

„Mit dieser Vereinbarung sendet das Strafrechtssystem die Botschaft aus: wir sind nicht fähig, Angeklagte in den von dafür vorgesehenen Räumlichkeiten zu schützen.“, sagte Oswaldo Samayoa vom ICCPG. Auch der Einwand, dass das Strafrechtssystem autonom auf den Militärbasen handeln werde und AnwältInnen, Familienangehörige oder VertreterInnen der Justiz Zugang gewährt würde, bringt die KritikerInnen von ihrer Meinung nicht ab.

Einige AnalystInnen gehen davon aus, dass die Kriminalitätsrate zunächst zurückgehe, sofern gefährliche oder gefährdete Strafgefangene in Hochsicherheitsgefängnissen auf Militärgelände einsässen. Später jedoch, wenn einige der Strafgefangenen einen Antrag auf Haftverlegung gestellt haben, oder wenn Meutereien auch in diesen Gebäuden stattfinden werden, werde die Kriminalitätsrate wieder ansteigen.

Offensichtlich hat das Thema viele Kommentare auf der Webseiten der Tageszeitungen angeregt: viele LeserInnen hängen einer „Kopf-ab“-Mentalität an und glauben, so dem Problem der StraftäterInnen (insbesondere Maras) begegnen zu können. Es gibt jedoch auch Leser wie Jorge Cárdenas, der schreibt: „Wer sagt eigentlich, dass die Militärs Glaubwürdigkeit beanspruchen können, und dass die Gefangenen in deren Räumlichkeiten sicherer sind, dass die Militärs nicht Schlüsselinformationen durchsickern lassen, dass den Gefangenen nicht die Flucht ermöglicht wird, wie es mit Valenzuela* und anderen Verbrechern passiert ist? Das läuft nicht gut so. Die Militärs sind in Verbrechen und in die skandalösesten Räubereien verwickelt, die Guatemala je gesehen hat. Schaut auf die Verträge mit dem Heer über Waren, die nie geliefert wurden, etc. etc. Das Militär ist nun wirklich keine glaubwürdige Institution.“

Mal wieder werden in Guatemala Lösungen angeboten, die keine sind.

--

* Gemeint ist Tirso Román Valenzuela, Chef einer Bande von Entführern, zum Tode verurteilt und 2005 aus einem Hochsicherheitsgefängnis entflohen. Er wurde am 10. Dezember 2006 von Unbekannten erschossen.

Neue Berufungskommission für neue Generalstaatsanwalt-Wahl

Guatemala, 2. Juli. Der spektakuläre Rücktritt von CICIG-Chef Castresana und die Offenlegung der Unterwanderung der Justiz durch die organisierte Kriminalität am Beispiel der Wahl des Generalstaatsanwalts Conrado Reyes hat die juristische Szene in Guatemala heftig erschüttert. Nun hat das Verfassungsgericht – aus Gewissens- und ethischen Gründen, wie es im Urteil heisst – für die Neuwahl den Austausch aller Mitglieder der Berufungskommission angeordnet und damit weitgehend eine Forderung der *Nationalen Konvergenz für die Menschenrechte* erfüllt, die diese in einer Pressekonferenz am 16. Juni aufgestellt hatte. Immerhin wird dieses Auswahl-Gremium vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Erick Álvarez und den Dekanen der Rechtswissenschaft aller guatemaltekischen Universitäten bestückt. Von den zwölf Mitgliedern haben sich daraufhin zehn im Hinblick auf das neue Wahl-Verfahren aus der Kommission zurückgezogen. Einige wurden inzwischen von den Universitäten oder berufsständischen Organisationen durch neue Mitglieder ersetzt.

Einzig Erick Álvarez und der Präsident des Verbandes der Anwälte und Notare Guatemalas, Óscar Cruz, haben sich geweigert, dem Beispiel der 'Kollegen' zu folgen. „Ich habe von der Verfassung das Mandat erhalten, diese Kommission zu leiten“, sagte Álvarez. Ein Kandidat für das Amt des Generalstaatsanwalts namens Luis Alfonso Carrillo Marroquín hat daraufhin gegen ihn und Cruz Beschwerde beim Verfassungsgericht wegen Nicht-Befolgung eines Beschlusses eingelegt.

Die Zivilgesellschaft und viele KolumnistInnen haben das Verfassungsgericht für dieses Urteil gelobt. Damit könne das Vertrauen der Gesellschaft in das Verfahren zur Wahl des Generalstaatsanwalts zurückgewonnen werden. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie alle Sektoren der Gesellschaft auf, Fälle von Straflosigkeit aktiv zu begleiten, die Verbindungen, die dafür verantwortlich sind, zu benennen und jene zu fördern, die für Gerechtigkeit kämpfen. Der Kampf gegen die Straflosigkeit benötige eine Staatsanwaltschaft, die vertrauenswürdig sei, damit die Erfolge der CICIG nicht verpufften und die Veränderungen, die eingeleitet worden seien, dauerhaft blieben. Es sei fundamental, dass die Staatsanwaltschaft von jemandem geleitet werde, der oder die über Erfahrungen verfüge, ehrenhaft sei, das Recht respektiere und in keinerlei Verbindung zu Machtgruppen stehe.

Die Straflosigkeit zu beenden, sei aber auch Pflicht der politischen Klasse. Daher müsse der Kongress sicherstellen, dass die Institutionen die erforderlichen Ressourcen, aber auch juristischen Rahmenbedingungen erhielten, damit Gerechtigkeit nicht verhindert werde. CICIG habe mehr als 15 Gesetzesvorschläge präsentiert, von denen viele im Plenum noch nicht bekannt seien. Schliesslich brauche es, um die Straflosigkeit zu beenden, qualifizierte und unabhängige RichterInnen und Justizbeamte sowie optimale Bedingungen, die es ermöglichen, gerechte Urteile zu fällen, ohne Druck oder Bedrohungen. Auch dazu habe CICIG sehr spezifische Vorschläge gemacht, die befolgt werden sollten.

Konkret bezogen auf die Berufungskommission erklärte Marco Antonio Canteo vom ICCPG: „Wir fordern von den Richtern des Obersten Gerichtshofs, dass sie, falls Richter Erick Álvarez sein Mandat nicht zurückziehe, die notwendigen Entscheidungen treffen, um ihn aus dem Justizwesen zu entfernen.“ Ähnliches fordert die

Nationale Konvergenz für Menschenrechte auch vom Verband der Anwälte und Notare Guatemalas in Bezug auf deren Präsidenten Óscar Cruz und den Ehrenpräsidenten Artemio Tánchez. (Letzterer wurde inzwischen durch die Vizepräsidentin des Verbandes, Mirna Lubet Valenzuela Rivera, ersetzt.) In Bezug auf Álvarez und Cruz war das juristische Tauziehen bis zum Redaktionsschluss noch nicht beendet.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-